Gerd Walter
Willi Piecyk
Georg Beez
Werner Kindsmüller

Alternativtext

zum

Entwurf der Programmkommission

für ein neues Grundsatzprogramm

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kiel, den 10. Juli 1989

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD ist die einzige Partei, die die Zukunftsfrage im Rahmen ihres neuen Grundsatzprogramms diskutiert. Deshalb wäre es besonders schade, wenn das "Neue" ohne große Debatte über die Bühne gehen würde. Das wäre auch dem Gewicht des Entwurfs und der Mühe seiner Verfasser/innen nicht angemessen.

Für die Überwindung des Desinteresses an dieser Diskussion sind wir alle verantwortlich. Deshalb unterstützen die Unterzeichner dieses Briefes den Versuch einer Alternative (Text beigefügt) zum vorliegenden Entwurf des Parteivorstandes.

Unsere These: Der offizielle Entwurf ist zu lang und zu kompliziert, seine politischen Orientierungsmarken fehlen oder sind zu versteckt, als daß die SPD mit ihm den Wettlauf um die geistig-politische Führung unserer Republik bestehen könnte.

Der beigefügte Alternativ-Text (der vieles von dem offiziellen Text übernimmt) ist weder von uns noch von irgendwelchen Gremien in allen Details gemeinsam beraten und "abgestimmt" worden. Er könnte noch kürzer sein und ist auch nach unserer Meinung sprachlich und auch sonst verbesserungsbedürftig.

Dieser Text will vor allem den Nachweis erbringen, daß ein SPD-Grundsatzprogramm wesentlich kürzer und prägnanter sein kann und muß, als es der offizielle Entwurf leistet.

Wir stellen zur Diskussion, ob dieser oder ein vergleichbarer Text anstelle der offiziellen Vorlage zur Diskussionsgrundlage für den Bundesparteitag gemacht werden kann.

Dieser Text ist also vor allem eine Reaktion darauf, daß in den Beratungen der Programm-Kommission der vielfach formulierte Wunsch der Parteibasis nach einem kurzen und verständlichen Text in den Wind geschlagen wurde.

Wir sind gespannt auf Eure Reaktion.

Herzliche Grüße

Gerd Walter Willi Piecyk Georg Beez Werner Kindsmüller

Kiel, im Juli 1989

C90-534

Archiv der sozialen Demokratie Bonn

I. UNSERE ZUKUNFT

II. DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

III. GRUNDPROBLEME DER WELT, IN DER WIR LEBEN

IV. WAS WIR WOLLEN
1. Frieden
2. Soziales und demokratisches Europa
3. Ökologische Erneuerung
4. Gestaltung von Arbeit und Arbeitswelt
5. Arbeit für alle
6. Soziale Gerechtigkeit
7. Solidarische Gesellschaft
8. Wirtschaftliche und politische Demokratie
9. Bildung
10. Kultur

V. DIE SOZIALISTISCHE BEWEGUNG

Stand: 06. Juli 1989/Lö

I. UNSERE ZUKUNFT

1 Wir wollen eine Zukunft, in der die Völker der Erde in gemeinsamer Sicherheit leben, ihre Konflikte nicht durch Wettrüsten, sondern in friedlichem Wettbewerb um ein menschenwürdiges Leben austragen.

2 Wir wollen eine Zukunft, in der wir mit den Völkern Europas in einer demokratischen und sozialen Friedensordnung leben.

3 Wir wollen eine Zukunft, in der die Völker des Südens sich eigenständig entwickeln können und in einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung faire Chancen haben.

4 Wir wollen eine Zukunft, in der Frauen und Männer gleichgestellt sind und eine Gesellschaft ohne Klassen, ohne Diskriminierung und Ausgrenzung verwirklicht ist.

5 Wir wollen eine Zukunft, in der alle Frauen und Männer die Chance humaner Erwerbsarbeit haben und in der alle anderen Formen der Arbeit als gleichrangig zur Erwerbsarbeit angesehen und behandelt werden.

6 Wir wollen eine Zukunft, in der Wohlstand alle erreicht und gerecht verteilt ist.

7 Wir wollen eine Zukunft, in der Mensch und Natur auf unserem Planeten überleben können.

8 Wir wollen eine Zukunft, in der soziale Privilegien überwunden und wirtschaftliche und politische Macht demokratischer Kontrolle unterliegen. Wir wollen, daß wirtschaftliche Grundentscheidungen demokratisch getroffen werden.

9 Wir wollen eine Zukunft, in der Demokratie die allgemeine Lebensform ist - auch am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Wirtschaft.

10 Wir wollen diese Zukunft in einer gemeinsamen europäischen sozialistischen Bewegung erkämpfen.

II. DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

11 Grundlage unserer Politik ist der demokratische Sozialismus. Er steht in vielfältigen Traditionen der Aufklärung, des Humanismus und der sozialistischen Arbeiterbewegung. Er ist besonders der Achtung des Andersdenkenden verpflichtet. Er schöpft deshalb seine Kraft und seine Impulse aus der ständigen Diskussion unterschiedlicher Auffassungen.

12 Demokratischer Sozialismus versteht gesellschaftliche Verhältnisse als vom Menschen geschaffen und veränderbar. Er will Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung. Er will die Herrschaft des Kapitals über den Menschen überwinden. Er erstrebt ein Leben aller in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

13 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus. Sie sind unsere Grundlage für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln einzelner Sozialdemokraten/innen.

14 Freiheit verlangt Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, aber auch die Chance, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Die Freiheit des anderen ist Grenze und Bedingung der Freiheit des einzelnen.

15 Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.

16 Solidarität hat die Arbeiterbewegung im Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit geprägt und ermutigt. Ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft.

17 Sie ist die Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht. Wir können als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander einstehen. Der Mensch bedarf des Mitmenschen, um seine individuellen Entfaltungsmöglichkeiten zu nutzen.Wer in Not gerät, muß sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können.

18 Diese Grundwerte wollen wir im Zeichen des demokratischen Sozialismus verwirklichen. Deshalb arbeiten wir für die Demokratisierung der Gesellschaft, für soziale und wirtschaftliche Reformen und für den Frieden in der Welt.

III. GRUNDPROBLEME DER WELT, IN DER WIR LEBEN

19 Noch nie waren die Möglichkeiten der Menschen, ihre Lebensgrundlagen zu sichern, so groß wie heute. Aber noch nie lag auch so gefährliche Macht in menschlicher Hand.

20 Mit Gentechnik können wir in die Gesetze der Natur eingreifen.

21 Mit den Zerstörungskräften des Atoms können wir unsere Gattung ausrotten.

22 Mit unserer Wirtschaftsweise vergiften wir die Atmosphäre, das Wasser und den Boden unseres Planeten.

23 Wirtschaftliche Macht konzentriert sich in immer weniger Händen. Gigantische multinationale Konzerne operieren weltweit und entziehen sich politischer Kontrolle.

24 Die Reichen dieser Welt werden reicher, die Armen ärmer.

25 Wirtschaftliche Beziehungen sind wichtiger als menschliche Beziehungen.

26 Die armen Nationen des Südens sind ohnmächtige Opfer dieser Entwicklung. Die Diktatur der Weltmärkte zerstört ihre gewachsenen Kulturen.

27 Universale Konzerne und globale Probleme überfordern den Nationalstaat. Kein Volk für sich allein ist lebensfähig. Die Folgen ökologischer Zerstörung sind weltweit. Kriege treffen Beteiligte und Unbeteiligte. Globale Wirtschaftsinteressen entscheiden über die Verteilung von Armut und Wohlstand in der ganzen Welt.

28 Immer mehr Menschen machen die Erfahrung, daß es Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für eine Nation allein nicht gibt. Je mehr wir für diese Grundwerte international zusammenarbeiten, desto besser sind die Chancen für die Zukunft unseres Planeten.

29 Diese Zukunft hängt davon ab, ob wir für alle drei Ziele, Frieden, soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung in gleichem Maße Fortschritte erreichen. Diese Ziele sind nur noch im Zusammenhang, keinesfalls gegeneinander zu verwirklichen.

IV. WAS WIR WOLLEN

1. Frieden

30 Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Wir werden den Frieden nur sichern, wenn wir gemeinsam Frieden stiften und abrüsten.

31 Uns Deutschen, geteilt und in einander gegenüberstehende Machtblöcke eingebunden, historisch verantwortlich für zwei verheerende Weltkriege, muß die Gestaltung des Friedens wichtigstes politisches Ziel sein.

32 Die Deutschen haben wie alle Völker ein Recht auf Selbstbestimmung. Die Frage der Nation hat sich nicht erledigt, aber sie ist den Erfordernissen des Friedens untergeordnet. Es muß offen bleiben, ob und wie die Deutschen in beiden Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden. Die historischen Erfahrungen der Deutschen und ihre Entscheidungen für ein gemeinsames Europa verbieten einen deutschen Sonderweg.

33 Wir wollen weltweite Abrüstung. Wir sind gegen die Aufrüstung im Weltraum. Wir wollen verhindern, daß die Bundesrepublik Deutschland Massenvernichtungswaffen herstellt, besitzt oder verwendet oder irgendjemand in unserem Land dies tut. Wir wollen den Waffenhandel weltweit einschränken und verhindern, daß aus der Bundesrepublik Waffen in Spannungsgebiete gelangen.

34 Wir wollen eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit nach den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki.

34 Kein Land in Europa kann heute sicherer sein als der mögliche Gegner. Jeder muß also schon im eigenen Interesse Mitverantwortung übernehmen für die Sicherheit des anderen.

Jede Seite muß der anderen das Recht auf Existenz und die Bereitschaft zum Frieden zubilligen.

35 Gemeinsame Sicherheit bewirkt Entspannung und braucht Entspannung. Sie will Bedrohungsängste abbauen, die Konfrontation der Blöcke und schließlich die Blöcke selbst überwinden. Eine Bündnisstrategie, die den atomaren Einsatz in Europa vorsieht und/oder die das Gebiet der Bundesrepublik im Konfliktfall der Zerstörung aussetzt, ist mit den Interessen unseres Landes unvereinbar. Sie widerspricht dem NATO-Vertrag und stellt die Grundlage des Bündnisses in Frage.

36 Wir wollen die gegenseitige Bedrohung überwinden, indem wir atomare und konventionelle Waffen abbauen und den Streitkräften die Fähigkeit zum Angriff nehmen. Einseitige Abrüstungsschritte und die Reduzierung der Rüstungsausgaben müssen diesen Prozeß beschleunigen.

37 Atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa dienen der gemeinsamen Sicherheit. Wir wollen solche Zonen schaffen und sie auf ganz Europa ausdehnen.

38 Ohne einen gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd gibt es keinen Frieden auf der Welt. Deshalb wollen wir durch Abrüstung in Ost und West Mittel frei machen, um den zwei Dritteln der Menschheit, die in Armut leben, Entwicklungschancen zu eröffnen. Die Handelsbedingungen müssen zugunsten des Südens verändert werden. Die Schulden von Ländern der "3. Welt" sollen zugunsten ökologischer Maßnahmen in diesen Regionen erlassen werden.

39 Wo Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gewaltsam unterdrückt werden, unterstützen wir die Kräfte der Befreiung. Das System der Apartheid in Südafrika muß fallen.

2. Soziales und demokratisches Europa

40 Keine europäische Nation kann mehr allein die Herausforderungen unserer Zeit beantworten.

41 Nur in europäischer Zusammenarbeit können wir den Frieden sichern, die Umwelt schützen, die Arbeitslosigkeit überwinden und sozialen Fortschritt erreichen.

42 Nur gemeinsam sind Europäer stark.

43 Wir unterstützen die Bewegungen, die in den Gesellschaften Osteuropas auf Wirtschaftsreformen, aber auch auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Humanität drängen. Nur gemeinsam werden sie über die Zukunft Europas selbst bestimmen. Nur gemeinsam können wir dem Erbe der europäischen Aufklärung gerecht werden.

44 Wir Sozialdemokraten wollten schon ein geeintes Europa, als andere noch tief im Nationalismus steckten. Heute wie früher wollen wir eine friedliche und soziale Ordnung für ganz Europa. Und eine starke Europäische Gemeinschaft, die im Interesse dieses ganzen Europa wirkt.

45 Wir wollen eine Europäische Gemeinschaft, die bei Fragen der Sicherheit und Abrüstung mit einer Stimme spricht, die niemand überhören kann.

46 Wir wollen eine Europäische Gemeinschaft, die für die Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Staaten offen bleibt.

47 Wir wollen eine Europäische Gemeinschaft, die ein dichtes Netz der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas knüpft und damit zu einer Friedensordnung für ganz Europa beiträgt.

48 Wir wollen eine Europäische Gemeinschaft, die hilft, die Gräben zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich zuzuschütten.

49 Wir wollen eine Europäische Gemeinschaft, die sich weltweit für die Menschenrechte einsetzt.

50 Wir wollen eine Europäische Gemeinschaft, die die Chancen ihres Binnenmarktes entschlossen nutzt: für mehr Arbeit, für besseren Umweltschutz, für größere soziale Gerechtigkeit. Für uns ist Europa mehr als Markt: gesunde Lebensmittel und saubere Luft, humane Arbeit, gleichberechtigte Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, Gleichstellung von Frauen und Männern, Forschung für den Menschen, statt Technik für den Krieg.

51 Diese Europäische Gemeinschaft muß demokratisch sein. Das Europaparlament muß die Entscheidungsrechte in allen Bereichen der Europapolitik erhalten, in denen die nationalen Parlamente ihre Entscheidungskompetenzen verloren haben.

3. Ökologische Erneuerung

52 Wir wollen, daß der Regen keine Pflanzen mehr krank machen kann, daß der Schutz der Atmosphäre wiederhergestellt wird und daß in Flüssen und Seen Leben möglich ist. Wir wollen die grünen Lungen unseres Planeten Erde erhalten und wieder herstellen, wir wollen die Meere schützen und ihre weitere Vergiftung verhindern.

53 Das ökologisch Notwendige muß als oberstes Prinzip wirtschaftlichen Handelns durchgesetzt werden. Dazu reichen die Mechanismen der Märkte nicht aus. Ökologische Prinzipien sind vielmehr als Rahmenbedingungen der Kosten-Nutzen-Rechnung der Wirtschaft vorzugeben und in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen mit einzubeziehen.

54 Die ökologische Erneuerung hat ein klares Ziel:
Erzeugung und Verbrauch müssen zu Kreislaufsystemen ausgebaut werden, die keine umweltschädigenden Reststoffe hervorbringen. Technik muß fehlerfreundlich und rückholbar, von fehlbaren Menschen zu beherrschen und von künftigen Generationen zu revidieren sein. Entwicklungen, deren Risiken wie bei der Gentechnologie und der Atomkraft nicht abzuschätzen und demokratisch zu beherrschen sind, müssen unterbunden werden.

55 Ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft erfordert:
- Umweltschädliche Produkte, Produktionen und Systeme sind abzuschaffen und durch umweltverträgliche zu ersetzen.
- Dazu nötige technische Innovationen sind zu beschleunigen.
- Wiederverwertung, auch von Schadstoffen, ist voranzutreiben und unvermeidliche Entsorgung wirksam zu organisieren.
- Altlasten sind zügig aufzuarbeiten.

56 Diese Erneuerung wird uns viele Lasten aufbürden und Einschränkungen von uns verlangen. Wir werden diese Lasten gerecht verteilen und nicht auf Kosten der Schwächeren finanzieren. Wo immer möglich, werden wir die Kosten denen abverlangen, die die Schäden verursachen.

57 Steuern auf Produkte und Verfahren, die die Umwelt belasten oder ihr schaden, haben den Zweck, die Herstellung dieser Produkte zu verringern und durch andere Techniken zu ersetzen. Sie sind kein Finanzierungsinstrument der Ökologiepolitik.

4. Gestaltung von Arbeit und Arbeitswelt

58 Unter Arbeit verstehen wir nicht nur einen Produktionsfaktor oder ein Mittel, um Geld zu verdienen. Jede Tätigkeit, die Sinnvolles leistet, ist Arbeit. Sie erzielt nicht immer auf dem Arbeitsmarkt einen Preis. Was Väter und Mütter in Familien leisten, wird meist nicht bezahlt. Was Menschen in gemeinnützigen Organisationen ehrenamtlich tun, wird nicht entlohnt. Ohne diese Tätigkeiten ist unsere Gesellschaft aber nicht denkbar.

59 Alle Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit müssen gleich bewertet und für Männer und Frauen gleichermaßen zugänglich sein. Wer Familien- und Gemeinschaftsarbeit leistet, darf im Erwerbsleben nicht benachteiligt werden.

60 Wir sind deshalb für die Einführung eines Mindesteinkommens, das alle, die diese Tätigkeiten ausführen, sozial und materiell absichert und das am durchschnittlichen Lebensstandard orientiert ist.

61 Der gesellschaftliche Reichtum, der das Ergebnis hochproduktiver menschlicher Arbeit ist, ermöglicht drastische Verkürzungen der Erwerbsarbeitszeit und erweitert die Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Bei gerechter Verteilung von Einkommen und Arbeitszeit können alte sozialdemokratische Ziele Wirklichkeit werden:
- allgemeiner Wohlstand und soziale Sicherheit,
- gerechte Verteilung der Arbeits- und Lebenschancen,
- Umverteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Mann und Frau,
- Bildung und Weiterbildung für alle,
- mehr Zeit für Familien- und Privatleben, für Muße und Gemeinschaftsarbeit,
- Selbstverwirklichung in der Arbeit,
- Ausbau von alternativen Organisationsformen der Arbeit,
- Ausbau der Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft.

62 Wir wollen durch Humanisierung, Qualifizierung und Demokratisierung der Erwerbsarbeit jedem ermöglichen, seine Arbeit mitzugestalten und Mitverantwortung zu tragen.

63 Humanisierung der Arbeit bedeutet, frei von arbeitsfremdem Druck, von sozialer Diskriminierung, von gesundheitlicher Gefährdung oder wirtschaftlicher Benachteiligung, einer den persönlichen Fähigkeiten entsprechenden Tätigkeit nachgehen zu können. Der Samstag soll nicht zum Regelarbeitstag,

Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen werden.

64 Demokratisierung bedeutet, das Recht auf Mitwirkung bei der Gestaltung der Produktion, bei den Entscheidungen technischer, sozialer und wirtschaftlicher Art in den Betrieben.

65 Qualifizierung bedeutet das Recht, seine Fähigkeiten weiter zu entwickeln, lebenslang zu lernen, neue Erkenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben und dadurch neue Arbeitsfelder zu erschließen. Wir wollen deshalb Weiterbildung und berufliche Qualifizierung zur vierten Säule des Bildungswesens ausbauen. Durch die Ausweitung der Mitentscheidungsrechte in Betrieben und Unternehmen sollen die abhängig Beschäftigten von Wirtschaftsuntertanen zu Wirtschaftsbürgern werden.

5. Arbeit für alle

66 Erwerbsarbeit bestimmt auch noch in Zukunft den materiellen Wohlstand der Menschen und gestaltet die Güter und Dienstleistungen, die diesen Wohlstand ausmachen.

67 Arbeitslosigkeit schließt heute Millionen Menschen vom Wohlstand aus, lähmt ihre Lebenskraft, demütigt, kränkt, grenzt aus. Arbeitslosigkeit verursacht Armut und Krankheit und bedroht den sozialen Frieden.

68 Dabei gibt es genug Arbeit für alle, denn unsere Gesellschaft steht vor vielen unbewältigten Aufgaben. Immer weniger Menschen werden für die Herstellung der heutigen Produkte und Dienstleistungen arbeiten müssen, Dafür kommen aber neue Aufgaben auf uns zu. Bildung, Weiterbildung, Forschung und Wissenschaft, die Betreuung von Kindern, Kranken, Alten, Behinderten, Süchtigen, der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft, eine neue Energieversorgung und umweltgerechte Städte - das alles erfordert neue Anstrengungen und schafft neue Arbeit.

69 Viele dieser Aufgaben erfordern mehr Mittel. Wir leben jedoch in einer reichen Gesellschaft mit einem armen Staat. Deshalb wollen wir neue Wege zur Finanzierung dieser Aufgaben. Dazu gehört ein Investitionsfonds für Arbeit und Umwelt. Dazu gehören auch zweckgebundene Abgaben zur Durchführung von öffentlichen Aufgaben. Dazu gehört auch eine effektive, höhere Besteuerung der Bezieher von hohen Einkommen, Erträgen und Vermögen. Durch diese politischen Entscheidungen wollen wir das vorhandene Kapital so umlenken, daß vernachlässigte Bedürfnisse befriedigt werden können.

70 Arbeit für alle macht die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Tarifpolitik der Gewerkschaften unumgänglich.

71 Erwerbs-, Haus-, Familien- und Eigenarbeit wollen wir neu bewerten und verteilen. Unser Ziel ist die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden. So können Männer und Frauen ihre verschiedenen Tätigkeiten und Aufgaben solidarisch teilen und miteinander verbinden.

72 Tarifpolitische und staatliche Maßnahmen sollen dazu führen, daß Frauen wie Männer periodenweise aus der Erwerbsarbeit ausscheiden können, um
- Kinder zu erziehen,
- sich weiterzubilden,
- Alte, Kranke oder Behinderte zu pflegen.

Ein Arbeitsplatz bleibt ihnen garantiert. So haben auch Erwerbslose eine zusätzliche Chance auf Arbeit.

73 Durch neue Tarifstrukturen, die, anders als heute, mit zunehmender Berufstätigkeit eine degressive Entlohnung vorsehen, sollen auch materielle Anreize geschaffen werden, über längere Zeiträume aus dem Erwerbsleben auszuscheiden.

74 Leiharbeit wollen wir verbieten und ungesicherte und unterbezahlte Arbeitsverhältnisse beseitigen.

75 Wir wollen nicht die Arbeitslosigkeit von Menschen bezahlen, statt Arbeit für sie zu finanzieren. Wir wollen jedem, der seinen Arbeitsplatz verliert, ein neues Arbeits- bzw. Qualifizierungsangebot machen.

6. Soziale Gerechtigkeit

76 Es ist der Sinn des Sozialstaates, allen Menschen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter und bei Invalidität oder wenn sie unverschuldet in Not geraten sind, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Sozialpolitik muß aber auch vorausschauend Lebens- und Arbeitsbedingungen menschenwürdig gestalten. Ökologische Politik zum Schutze der Gesundheit, Humanisierung der Arbeit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und gerechtere Einkommensverteilung sind vorbeugende Sozialpolitik.

77 Wir wollen den Umbau, nicht den Abbau unseres sozialen Netzes.

78 Unser Ziel ist eine soziale Sicherung, die
- alle Menschen beim Vorliegen gleicher Tatbestände gleich behandelt,
- alle nach Leistungsfähigkeit zur Finanzierung heranzieht,
- die Selbstverwaltung aktiviert und entbürokratisiert,
- Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt,
- die Benachteiligung von Frauen beseitigt,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert,
- die Eingliederung der Behinderten fördert und
- die Selbständigen mit einbezieht.

79 Wir wollen in der Altersversorgung sowie für die Fälle von Invalidität und Behinderung eine einkommensunabhängige Grundsicherung.

80 Sozialhilfe soll auf Unterstützung in besonderen Notlagen beschränkt sein. Das Sozialrecht muß vereinfacht werden. Wir wollen ein Gesundheitswesen ohne Klassenschranken; Jeder Kranke muß, unabhängig vom Einkommen, die Behandlung und Pflege bekommen, die dem Stand der Wissenschaft entspricht und von der er nach den Erfahrungen der Praxis Besserung oder Heilung erwarten kann. In diesem Rahmen haben alle das Recht auf freie Wahl des Arztes und der Behandlungsmethoden.

81 In der gesetzlichen Krankenversicherung sollen die Selbsthilfe und die Anstrengungen der Versicherten zur Vorbeugung und Vermeidung von Krankheit auch finanziell begünstigt werden.

82 Die Trennung der Bevölkerung in begünstigte privat Versicherte und in gesetzlich Versicherte ist aufzuheben.

83 Wir streben deshalb langfristig eine einheitliche Sozial- und Krankenversicherung an.

84 Wir wollen die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Leistungsvermögen der Unternehmen, an der Wertschöpfung orientieren und die Versicherungsgrenzen bei den Einkommen aufheben.

85 Die notwendige gesellschaftliche Vorsorge in unseren sozialen Einrichtungen und die Fähigkeit der Menschen zum mitmenschlichen Füreinander müssen einander ergänzen. Eigene Beiträge zur Vorsorge und Vorbeugung wollen wir ermöglichen, anregen und fördern.

7. Solidarische Gesellschaft

86 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichgestellt sind.

87 Wir wollen, daß unsere Gesellschaft nicht mehr in Menschen mit angeblich weiblichen und angeblich männlichen Denk- und Verhaltensweisen gespalten ist.

88 Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht mehr hochbewertete Erwerbsarbeit den Männern zugeordnet wird und unterbewertete Haus- und Familienarbeit den Frauen verbleibt.

89 Wir brauchen eine Gleichstellungspolitik, die die Diskriminierung von Frauen auf allen Gebieten des Rechts, des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, der politischen und der ehrenamtlichen gesellschaftlichen Tätigkeiten beendet.

90 Eltern kleiner Kinder sollen zusätzlich Anspruch auf Elternurlaub und kürzere Arbeitszeit haben.

91 Wir wollen Solidarität zwischen den Generationen. Deshalb haben die Jüngeren ein Recht auf Ausbildung und auf einen Arbeitsplatz. Sie haben auch ein Recht auf eine bewohnbare Erde, die nicht von Umweltkatastrophen erschüttert wird. Niemand darf Wohlstand auf Kosten kommender Generationen schaffen.

92 Solidarität zwischen den Generationen bedeutet aber auch für die Älteren ein Recht auf soziale und wirtschaftliche Sicherung im Alter sowie auf Teilhabe und Mitwirkung am kulturellen und sozialen Leben.

93 Ausländer/innen sind Mitbürger/innen, für die auch die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im gesellschaftlichen Leben eingelöst werden müssen. Sie genießen die gleichen Menschenrechte wie Deutsche, unabhängig von ihrem Status.

94 Jeder, der auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland lebt, soll gleichberechtigt mit den Deutschen am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilhaben.

8. Wirtschaftliche und politische Demokratie

95 Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe aller am Sagen und Haben in allen Bereichen unserer Gesellschaft.
Eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist eine unverzichtbare Grundlage des Sozialstates.
Steuerliche und tarifliche Maßnahmen müssen dazu beitragen, die bestehenden Unterschiede zu verringern.
Arbeitnehmerfonds sollen die Beschäftigten am Produktivvermögen beteiligen.

96 Menschen haben nur dann eine Chance, Freiheit zu nutzen und Solidarität zu üben, wenn sie gleichberechtigt mitentscheiden und mitverantworten können. Keine Partei, keine Klasse, keine Bürokratie und keine Hierarchie hat das Recht, den Menschen diese Teilhabe an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen vorzuenthalten.

97 Wirtschaftsdemokratie und neue, parlamentarisch bestimmte Rahmenbedingungen sind eine wesentliche Bedingung für ökologische Erneuerung. Die geltenden Mitbestimmungsregelungen sind unzureichend und verbesserungsbedürftig. Mitbestimmung muß auf mehreren Ebenen erfolgen:
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz und auf Unternehmensebene,
- überbetriebliche Arbeitnehmerfonds,
- volkswirtschaftliche Mitbestimmung durch Wirtschafts- und Sozialräte.

98 Wir wollen die Selbstbestimmung des Menschen. Sie beginnt bei der Mitbestimmung am Arbeitsplatz durch die Arbeitnehmer/innen. Sie müssen die Vorbereitung, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen mitbestimmen.

99 Das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze müssen ausgebaut werden.

100 Entscheidungen in Unternehmen können bedeutende gesellschaftliche Auswirkungen haben. Demokratisierung und ökologische Erneuerung erfordern neue Formen der Entscheidungsfindung auf Unternehmensebene. Deshalb wollen wir neben Arbeit und Kapital den Vertretungen der Interessen von Verbrauchern, Kommunen und Ökologie Mitbestimmungsrechte auf Unternehmensebene einräumen. Übergeordnete Interessen, z. B. des Umweltschutzes und des Verbraucherschutzes, wollen wir darüber hinaus in überbetrieblichen Wirtschafts- und Sozialräten zur Geltung bringen. Sie haben die Aufgabe, bei der Wirtschafts- und Forschungsförderung mitzuwirken, Parlamente und Regierungen zu beraten sowie den volkswirtschaftlichen und ökologischen Rahmen für Investitionen der Unternehmen und öffentlicher Haushalte mitzugestalten.

101 Wir wollen ein neues Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Staat. Demokratie kann nur durch den Mangel an Demokraten gefährdet werden. Bürgerengagement ist daher nie Gefahr, sondern immer Chance der Demokratie. Daher wollen wir Bürgerbeteiligung ausweiten, das Petitionsrecht verbessern und durch Volksbegehren und Volksentscheid in Gemeinden, Ländern, Bund und Europa parlamentarische Entscheidungen ergänzen.

102 Parteien wirken an der politischen Willensbildung in Staat und Gesellschaft mit. Innerparteiliche Demokratie und transparentes Handeln sind eine wesentliche Voraussetzung ihrer Glaubwürdigkeit. Die Vorstellung eines allmächtigen Parteienstaates lehnen wir ab.

9. Bildung

103 Bildung soll die Chance eröffnen, das Leben in Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu gestalten. Deshalb muß Bildung den Menschen befähigen, die Gesellschaft mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen. Bildung ist Erziehung zur Demokratie.

104 Auch die Arbeitswelt beeinflußt das Bildungssystem. Bildungsarbeit prägt die Chancen des einzelnen im Erwerbsleben. Deshalb ist Chancengleichheit im Bildungswesen unverzichtbar. Wir wollen sie durch die Integration von allgemeiner, politischer und beruflicher Bildung erreichen. Wir wollen neben dem herkömmlichen dreigliedrigen Schulwesen Ganztagsschulen fördern und Gesamtschulen schaffen, die unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten der Schüler Rechnung tragen.

105 Wir wollen den Zugang zu Hochschulen aus der Berufspraxis erleichtern und allen Gruppen an den Hochschulen wirksame Mitbestimmungsrechte geben.

106 Wir bejahen die Freiheit von Forschung und Wissenschaft. Wir wollen aber auch, daß sich Forschung und Wissenschaft gesellschaftlicher Verantwortung stellt. Methoden und Verfahren der Forschung, die die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, medizinische Experimente am Menschen, Eingriffe in Persönlichkeitsrechte und gentechnische Entwicklungen, insbesondere Veränderungen der Erbmasse des Menschen, begünstigen, muß der Gesetzgeber untersagen.

10. Kultur

107 Die Arbeiterbewegung hat sich von Anfang an auch als Kulturbewegung verstanden. In der Tradition des europäischen Humanismus und der Aufklärung trat sie für die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks ein und wollte allen die Teilhabe am Reichtum der Kultur ermöglichen. Diesen Zielen bleiben wir verpflichtet.

108 Die Vielfalt der Kulturen in Europa und in der Welt wollen wir bewahren und entwickeln.

109 Kultur umfaßt Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft, aber auch eine umfassende Kultur des Zusammenlebens.

110 Kultur wurzelt in geistig-weltanschaulichen und religiösen Traditionen.

111 Sie zeigt sich in den Formen des Zusammenlebens und in der Bereitschaft, den Frieden nach innen und außen zu gewährleisten.

112 Sie muß sich im behutsamen Umgang mit der Natur bewähren.

113 Sie schließt eine Kommerzialisierung aller Lebensbreiche aus und erfordert eine Wirtschaft, die sich in eine Kultur des Zusammenlebens einfügt.

114 Wir wissen, daß wir das kulturelle Leben der Gesellschaft nur dann prägen können, wenn sozialdemokratische Kulturarbeit bei der eigenen Partei beginnt, bei ihren Umgangsformen, ihrer Arbeitsweise, ihrer Fähigkeit, kulturelle Impulse aufzunehmen und zu verarbeiten.

115 Wir wollen Kultur für alle. Wir fördern eine Vielzahl kultureller Ausdrucksformen in Gruppen und Projekten, in Stadtteilen und Wohngebieten. Kultur ist kein Luxus, sie muß Sache möglichst vieler Menschen sein. Es ist Sache der Politik, dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Kulturpolitik ist eine Pflichtaufgabe. Der Staat darf nicht Vormund der Kultur, er soll Garant kultureller Vielfalt sein.

116 Wir Sozialdemokraten stehen für kulturelle Vielfalt. Die Macht der internationalen Medienindustrie gefährdet diese Vielfalt. Wir wehren uns deshalb gegen eine von Kapitalinteressen gelenkte Unterhaltungsindustrie. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten müssen ein überzeugendes Gegengewicht bilden.

V. DIE SOZIALISTISCHE BEWEGUNG

117 Die Sozialdemokratie muß zugleich Partei und gesellschaftliche Bewegung sein. Als Partei versucht sie, Ziele und Forderungen in Parlamenten und Regierung umzusetzen. Als Bewegung ist sie ein Instrument der Menschen, ihre Interessen zu formulieren und den Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung unmittelbar zu bestimmen und zu gestalten.

118 Arbeit für alle, soziale Gerechtigkeit, ökologische Erneuerung und wirtschaftliche und politische Demokratie lassen sich nur verwirklichen, wenn alle Völker zusammenwirken. Eine neue Gesellschaft kann nur in internationaler Zusammenarbeit und Solidarität entstehen. National kann sie nur scheitern.

119 Die Sozialistische Internationale bündelt und stärkt die Kräfte des demokratischen Sozialismus. Sie muß weiterentwickelt werden, um Wege zu einer demokratischen Weltgesellschaft ebnen zu können.

120 In Europa arbeiten wir für den Aufbau einer europäischen sozialistischen Bewegung, in der sich alle zusammenschließen, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität kämpfen. Eine Bewegung, die ein neues Europa baut, in dem Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit, ökologische Erneuerung und wirtschaftliche und politische Demokratie verwirklicht sind.

121 Dieses Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokratie hat seine Aufgabe erfüllt, wenn sich die Parteien des Demokratischen Sozialismus in Europa unter dem Dach eines gemeinsamen europäischen Grundsatzprogramms zusammenfinden .

* *
*